

## Kauder: Keine Gewissensfrage

Streit über Rettungsschirm. Vorstoß zu Mitgliederentscheid in der FDP

CHO/ELO. BERLIN. In der FDP bahnt sich ein Mitgliederentscheid gegen einen dauerhaften Euro-Rettungsschirm an. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler ist optimistisch, in kurzer Zeit die dafür erforderlichen Unterschriften zusammenzubekommen. "Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir relativ zeitnah die Unterschriften bekommen", sagte Schäffler dieser Zeitung. Gemeinsam mit dem FDP-Politiker Burkhard Hirsch und einer Gruppe weiterer FDP-Abgeordneter will Schäffler die Zustimmung seiner Partei zum dauerhaften Stabilisierungsmechanismus (ESM) verhindern. Für einen Mitgliederentscheid braucht die Initiative die Unterstützung von fünf Prozent der Parteimitglieder, also 3400 Unterschriften. Schäffler strebt den Mitgliederentscheid für November an. Der Bundestag soll im Dezember über den ESM entscheiden. FDP-Generalsekretär Christian Lindner sagte, die Parteiführung würde einen Mitgliederentscheid "selbstverständlich organisatorisch konstruktiv begleiten, wenn die Voraussetzungen unserer Satzung erfüllt sind".

Auf Schäfflers Website, wo das Unterschriftenblatt abgerufen werden kann,

ruft er Nichtmitglieder auf, der Partei beizutreten, um an dem Entscheid gegen den ESM teilnehmen zu können. Wenn es zum Mitgliederentscheid kommt, kann die Parteiführung einen Alternativvorschlag zur Wahl stellen. Sollte sich mehr als ein Drittel der Parteimitglieder an der Abstimmung beteiligen, wäre das Ergebnis gültige Beschlusslage der Partei und entspräche einem Parteitagsschluss. Schäffler sagte, einige Kreisverbände hätten ihm bereits ihre Unterstützung signalisiert.

Unterdessen hat sich in der Koalition die Debatte darüber verschärft, ob die Zustimmung zum EFSF-Rettungsschirm für den einzelnen Abgeordneten eine Gewissensfrage sei oder nicht. Der Vorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Volker Kauder (CDU), sagte dieser Zeitung, jeder Abgeordnete sei in seiner Entscheidung frei und die Entscheidung über den EFSF-Rettungsschirm sei "natürlich nicht leicht". Er fügte aber hinzu: "Dennoch ist es für mich keine Gewissensfrage im klassischen Sinne." Politiker müssten ständig über schwierige Fragen entscheiden: "Gewissensfragen sind für mich solche, in denen es um die Verfüg-

barkeit von Leben geht." Als Beispiele nannte Kauder die Entscheidung über Patientenverfügungen oder die Präimplantationsdiagnostik (PID).

Dagegen beharrten zahlreiche Kritiker des Euro-Rettungskurses der Regierung darauf, dass es sich um eine Gewissensentscheidung handle. Die Hamburger FDP-Abgeordnete Sylvia Canel sagte: "Für mich sind EFSF und ESM Gewissensentscheidungen, vergleichbar der PID. Das ist keine rein fiskalische Angelegenheit. Deshalb sollte es keinen Fraktionszwang geben." Der aus Baden-Württemberg kommende CDU-Bundestagsabgeordnete Thomas Dörflinger äußerte sich entsprechend: "Für mich ist die Entscheidung eine Gewissensfrage wie PID oder Stammzellenforschung." Auch die Abgeordneten Veronika Bellmann, Marco Wanderwitz, Klaus-Peter Willsch, Wolfgang Bosbach (alle CDU), Lutz Knopek (FDP) und Schäffler äußerten sich in dem Sinne, dass es in dieser Frage keine Fraktionsdisziplin geben dürfe und sie nur ihrem Gewissen verpflichtet seien.

Siehe Seite 4